



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

**An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Bergisch Gladbach**

nachrichtlich:

an die Fraktionsgeschäftsstellen,
den Verwaltungsvorstand I und II,
BM I und die Fachbereiche 1-8,
die Stabstellen und
das Rechnungsprüfungsamt

**Allgemeine Verwaltung und
Verwaltungssteuerung**

Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
Sachbearbeiter: Christian Ruhe
Zimmer: 35
Telefon 02202/142245
Telefax 02202/14702245
Internet: <http://www.bergischgladbach.de>
E-Mail: C.Ruhe@stadt-gl.de

02.10.2019

Sitzung des Rates am 08.10.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, erhalten Sie als **Anlage 1** zu diesem Schreiben die aktualisierte Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 08.10.2019, in die die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des SPLA am 25.09.2019 und des HFA am 01.10.2019 sowie Korrekturen betreffend die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des JHA am 19.09.2019 zur Vorlage Nr. 0137/2019 – Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung), hier: Änderung der Satzung (TOP Ö 13), des SPLA am 25.09.2019 zur Vorlage Nr. 0378/2019 – Baulandstrategie (TOP Ö 14) sowie des AUKIV am 11.09.2019 zur Vorlage Nr. 0334/2019/1 – Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach“ (TOP Ö 22.3) eingefügt wurden. Die Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Als **Anlage 2** ist diesem Schreiben eine ergänzende Unterlage zu den Vorlagen Nr. 0297/2019/1 – Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten (TOP Ö 18) – und Nr. 0296/2019/1 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): „Klimanotstand“ (TOP Ö 22.2) – beigefügt, die in den Sitzungen des SPLA am 25.09.2019 sowie des HFA am 01.10.2019 als Tischvorlage vorgelegt wurde und Grundlage der Beschlussempfehlungen (siehe Darstellung in der Anlage 1 zu diesem Schreiben) dieser Gremien war.

Ein Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Mitgliedschaften ist diesem Schreiben als **Anlage 3** beigefügt. Die CDU-Fraktion bittet den Rat, seine Tagesordnung in der Sitzung am 08.10.2019 um den Antrag zu erweitern. Der Antrag könnte nach einem entsprechenden Beschluss des Rates als TOP Ö 21.2 in die Tagesordnung aufgenommen werden.

www.bergischgladbach.de
info@stadt-gl.de

Allgemeine Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 9:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag 14:00 – 18:00 Uhr
Abweichende Öffnungszeiten
sind oben vermerkt.

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Köln
Bankleitzahl 370 502 99
Konto 312 000 015
IBAN: DE93 3705 0299 0312 0000 15
SWIFT/BIC: COKSDE33

VR Bank eG Bergisch Gladbach
Bankleitzahl 370 626 00
Konto 3 702 425 017
IBAN: DE50 3706 2600 3702 4250 17
SWIFT/BIC: GENODED1PAF

Als **Anlage 4** ist diesem Schreiben eine Tischvorlage der Verwaltung aus der Sitzung des HFA am 01.10.2019 als ergänzende Unterlage zu TOP N 7 – Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung (Vorlage Nr. 0394/2019) – beigefügt. Die darin dargestellten zusätzlichen Ehrungsvorschläge hat der HFA bei der Abgabe seiner Beschlussempfehlung (siehe Darstellung in der Anlage 1 zu diesem Schreiben) berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen


Lutz Urbach

Anlagen

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 08.10.2019

(Stand: 02.10.2019)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 09.07.2019 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 09.07.2019 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0420/2019
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 5 V. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0341/2019
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 01.10.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die V. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigelegten Fassung beschlossen.
- 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2018**
Vorlage: 0444/2019
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 01.10.2019 die Vorlage zur Kenntnis genommen.
- 7 Jahresabschluss 2018 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
Vorlage: 0425/2019
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 01.10.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister Herr Lutz Urbach

als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung

1. den Jahresabschluss 2018 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen. In der Bilanz zum 31.12.2018 werden Aktiva und Passiva mit 122.569.654,84 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2018 mit 3.295.881,46 EUR festgestellt.
2. den Lagebericht 2018 festzustellen.
3. den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 3.295.881,46 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
4. den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.

8 Jahresabschluss und Lagebericht 2018 GL Service gGmbH

Vorlage: 0412/2019

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 01.10.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2018 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 27.08.2019 fest und entlastete den Geschäftsführer Herrn Stephan Dekker für das Geschäftsjahr 2018. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. In der Bilanz zum 31.12.2018 werden Aktiva und Passiva mit 1.964.785,81 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2018 mit 130.508,60 EUR festgestellt.
2. Der Lagebericht 2018 wird festgestellt.
3. Der Bilanzgewinn 2018 wird in Höhe von 31.783,88 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Geschäftsführer Herr Stephan Dekker wird für das Geschäftsjahr 2018 entlastet.

9 Jahresabschlüsse 2017 und 2018 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH

Vorlage: 0344/2019

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019 stimmte DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL für einen Vertagungsantrag Herrn Santilláns, der mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach stellte als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Bergisch Gladbach in den Gesellschafterversammlungen der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH aus terminlichen Gründen schon die Jahresabschlüsse 2017 und 2018 fest und entlastete die Organe für 2017 und 2018. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. In der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG werden der Jahresabschluss 2017 und 2018 festgestellt. In der Bilanz zum 31.12.2017 bzw. 2018 werden Aktiva und Passiva mit 99.972,75 EUR bzw. 99.576,45 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2017 bzw. 2018 mit 2.709,56 EUR bzw. 1.143,60 EUR festgestellt. Der Jahresfehlbetrag 2017 und 2018 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

2. Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG werden für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 entlastet.
3. In der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH werden der Jahresabschluss 2017 und 2018 festgestellt. In der Bilanz zum 31.12.2017 bzw. 2018 werden Aktiva und Passiva mit 26.739,11 EUR bzw. 26.000,00 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung das Jahresergebnis 2017 bzw. 2018 mit jeweils 0 EUR festgestellt.
4. Die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH wird für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 entlastet.

10 Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 30.06.2019
Vorlage: 0456/2019

Die Vorlage ist beigefügt.

11 Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach für den Zeitraum 2020 bis 2025
Vorlage: 0454/2019

In den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 12.09.2019 sowie des Jugendhilfeausschusses am 19.09.2019 wurde die Vorlage Nr. 0403/2019 – Vorstellung Integrationskonzept – als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen. Dabei bestand Einvernehmen, dass die Verwaltung die Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach für den Zeitraum 2020 bis 2025 mittels einer Beschlussvorlage in Abweichung von der ursprünglichen Zeitplanung in die Sitzung des Rates am 08.10.2019 einbringen solle, was mit der beigefügten Vorlage Nr. 0454/2019 geschieht.

12 Maßnahmebeschluss für die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Großtagespflegestelle, Reiser/Im Mondsröttchen

Vorlage: 0228/2019

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 19.09.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Umsetzung der Maßnahme „neue fünfgruppige Kindertagesstätte mit angeschlossener Großtagespflegestelle Reiser/Im Mondsröttchen“ in Bauträgerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rhein-Oberberg e.V. mit geänderter Finanzierungsform im Zuschussmodell wird zugestimmt.
2. Die Investitionskosten für den Bau der Kindertagesstätte und der Großtagespflegestelle (einschl. Baunebenkosten) in Höhe von 93 + 9 Plätze à 30.000 EUR (anererkennungsfähigen Baukosten) = 3.060.000 EUR werden mit einem Zuschuss in Höhe von 100% unter der Voraussetzung durch die Stadt Bergisch Gladbach mit 90% Landesmitteln bezuschusst, dass die Angemessenheit der Kosten durch die städtische Hochbauabteilung bestätigt wird (Ziffer 11.3 der Städtischen Richtlinien zur Förderung von Kindertagesstätten).
3. Der Eigenanteil an den Ausstattungskosten in Höhe von 5% wird dem Bauträger auf Antrag erlassen. (Ziff. 11.3 (1) der Städt. Richtlinien; Förderung von Investitionskosten).
4. Die Landesmittel aus dem u6-Programm in Höhe von 2.754.000 EUR sind beim Land rechtzeitig zu beantragen.
5. Die Betriebskostenmittel werden gem. KiBiz und den Städt. Richtlinien in Höhe von 99% ab Inbetriebnahme gewährt.
6. Für das städt. Grundstück wird die Miete in voller Höhe übernommen (Ziff. 10 der Städt. Richtlinien).
7. Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt 2020 und 2021 bereitzustellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 01.10.2019 einstimmig dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

13 **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung)**
hier: Änderung der Satzung
Vorlage: 0137/2019

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 27.06.2019 einstimmig folgenden, auf Antrag der CDU-Fraktion von dem Beschlussvorschlag der Vorlage abweichenden Beschluss gefasst und dem Rat damit gleichzeitig eine entsprechende Beschlussfassung empfohlen:

Die Vorlage Nr. 0137/2019 – Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung), hier: Änderung der Satzung – wird vertagt.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der in der Sitzung am 03.07.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung) wird entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage geändert.

Der Rat hat in der Sitzung am 09.07.2019 einstimmig folgenden, auf Antrag der FDP-Fraktion von dem Beschlussvorschlag der Vorlage abweichenden Beschluss gefasst:

Die Vorlage Nr. 0137/2019 – Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung), hier: Änderung der Satzung – wird vertagt.

In der mit der Einladung zur Sitzung des Rates übersandten Anlage zur Tagesordnung war das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.09.2019 falsch dargestellt. Dem Ratsbüro wurde nach Drucklegung der Einladung zur Sitzung des Rates die folgende **Korrektur** betreffend das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses übermittelt:

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 19.09.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende, auf Vorschlag der Verwaltung im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung) wird entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage und unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen geändert.

§ 3 Absatz 1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst: „Spielplätze müssen von Wohnungen auf den Grundstücken, für die sie zu schaffen sind, eingesehen werden können. Sie sollen nicht mehr als 400150 m von den zugehörigen Wohnungen entfernt liegen.“

§ 4 Absatz 3 Satz 3 der Satzung wird wie folgt neu gefasst: „Die Spielfläche ist entsprechend der vorgenannten Grundsätze unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Normen (z. Zt. EN 1176 Teil 1-7 und EN 1177) zu gestalten und zu erhalten.“

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss ist in der Sitzung am 25.09.2019 einstimmig dieser im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

14 **Baulandstrategie**
Vorlage: 0378/2019

In der mit der Einladung zur Sitzung des Rates übersandten Anlage zur Tagesordnung war das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 25.09.2019 falsch dargestellt. Dem Ratsbüro wurde nach Drucklegung der Einladung zur Sitzung des Rates die folgende **Korrektur** betreffend das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses übermittelt:

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 25.09.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung der FDP beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

- I. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Stadtverwaltung, einen Beschluss auf Basis der vorliegenden Baulandstrategie auszuarbeiten.
- II. Die Ziele der Baulandstrategie werden ab dem Zeitpunkt des Ratsbeschlusses dieses Papiers soweit rechtlich möglich berücksichtigt umgesetzt.
- III. Die Ziele der Baulandstrategie gelten ab sofort für alle Bauleitplanverfahren, ausgenommen die weit fortgeschrittenen Verfahren Lichtenweg und Alte Marktstraße.**

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 01.10.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und die FDP dieser im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

15

Bebauungsplan Nr. 6142 - An der Wallburg -

- **Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung**
- **Beschluss zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung**
- **Beschluss zu den Stellungnahmen aus der erneuten öffentlichen Auslegung**
- **Beschluss als Satzung**

Vorlage: 0372/2019

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 25.09.2019 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages jeweils einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

- I. Der Rat beschließt über die zum Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (§§ 3 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)) abgegebenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 9 und 10 zur Vorlage.
- II. Der Rat beschließt über die zum Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – im Rahmen der öffentlichen Auslegung (§§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB) abgegebenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 12 und 13 zur Vorlage.
- III. Der Rat beschließt über die zum Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung (§ 4a Abs. 3 BauGB) abgegebenen Stellungnahmen gemäß der Anlage 16 zur Vorlage.
- IV. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW den Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

16

XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)

Vorlage: 0400/2019

Die Vorlage wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mit Schreiben vom 02.09.2019 übersandt und ist beigefügt.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage.

17 Beteiligung an der Aktion „Wir jagen Funklöcher“ der Telekom

Vorlage: 0460/2019

Die Vorlage ist beigefügt.

18 Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten

Vorlage: 0297/2019/1

Es wird auf die Berichterstattung zu TOP Ö 22.2 verwiesen, da die Vorlage Nr. 0297/2019/1 in den vorberatenden Ausschüssen zusammengefasst mit der Vorlage Nr. 0296/2019/1 beraten wurde.

19 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0385/2019

Die Vorlage ist beigefügt.

20 Entsendung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates in die Fachausschüsse des Rates der Stadt

Vorlage: 0379/2019

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 12.09.2019 einstimmig dem Rat folgende Wahlempfehlung gegeben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt die in der Vorlage genannten Vertreter des Inklusionsbeirates, Beirat für Menschen mit Behinderung als beratende Mitglieder/stellvertretende beratende Mitglieder für die Fachausschüsse des Stadtrates:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Frau Roswitha Lawrenz, Frau Angela Mascharz (Stellvertreterin)

Jugendhilfeausschuss

Frau Anne Skribbe, Herr Martin Holst (Stellvertreter)

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Herr Jürgen Münsterteicher, Frau Ursula Bundschuh (Stellvertreterin)

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss

Herr Friedhelm Bihn, Frau Katharina Kaul (Stellvertreterin)

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr

Herr Friedhelm Bihn, Frau Anne Skribbe (Stellvertreterin)

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

Frau Sandra Umolac, Herr Martin Holst (Stellvertreter).

21 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

21.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.09.2019 (eingegangen am 24.09.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen

Vorlage: 0464/2019

Die Vorlage ist beigefügt.

22 Anträge der Fraktionen

22.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): „Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch“

Vorlage: 0374/2019

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 25.09.2019 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019) – „Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch“ – wird abgelehnt.

22.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): „Klimanotstand“

Vorlage: 0296/2019/1

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 einstimmig beschlossen, auf die Abgabe von Beschlussempfehlungen an den Rat zu verzichten und die Fraktionen zu bitten, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019 untereinander einen mehrheitsfähigen Beschlussvorschlag abzustimmen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 25.09.2019 einstimmig bei Enthaltung von mitterechts beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit den angeregten/beantragten Beschlussfassungen geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst eine Resolution zur Bewältigung des Klimawandels und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Climate Emergency“.

Die Stadt Bergisch Gladbach erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert von der Bundesregierung, Kommunen beim Klimaschutz zu unterstützen und ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Klimaschutz eng mit Kreis und Region zusammen zu arbeiten.
- Die Stadt Bergisch Gladbach wird umfassend über lokale Auswirkungen des Klimawandels sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 01.10.2019 mehrheitlich gegen mitterechts dieser im Vergleich mit den angeregten/beantragten Beschlussfassungen geänderten Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses an den Rat gefolgt.

22.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach“

Vorlage: 0334/2019/1

In der mit der Einladung zur Sitzung des Rates übersandten Anlage zur Tagesordnung war das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz,

Infrastruktur und Verkehr am 11.09.2019 falsch dargestellt. Dem Ratsbüro wurde nach Drucklegung der Einladung zur Sitzung des Rates die folgende **Korrektur** betreffend das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr übermittelt:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzte Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept und einen Zeitplan zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach zu entwickeln.
- Dieses Konzept soll insbesondere eine erste Kostenabschätzung und deren Förderfähigkeit im Sinne der „Kommunalrichtlinie“ enthalten.
- Das Konzept und der Zeitplan zur Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes sollen zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden.
- Die Verwaltung prüft die Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am European Energy Award.
- Die Erarbeitung **Umsetzung** des Klimaschutzkonzeptes soll über Zielvereinbarungen innerhalb der Verwaltung sichergestellt werden.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss ist in der Sitzung am 25.09.2019 einstimmig dieser im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzten Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019 stimmte DIE LINKE mit BÜRGERPARTEI GL für einen Änderungsantrag Herrn Santilláns (Antrag zur Ergänzung des Beschlusses um die folgenden Punkte: „Das Konzept wird dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2020 vorgelegt. Die Stadt prüft ein städtisches Baumbepflanzungskonzept. Die Stadt prüft die Möglichkeit eines Konzeptes zur verkehrsfreien Stadtmitte Bergisch Gladbach. Die Verwaltung stellt das notwendige Personal kurzfristig bereit.“), der mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und mitterechts mehrheitlich abgelehnt wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist sodann einstimmig der im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzten Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr sowie des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses an den Rat gefolgt.

22.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): „Teilnahme am Förderprogramm progres.nrw Emissionsarme Mobilität“

Vorlage: 0338/2019/1

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.09.2019 einstimmig bei Enthaltung von mitterechts beschlossen, dem Rat folgende, von der beantragten Beschlussfassung abweichende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Inhalt dieses Antrages wird in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes mit aufgenommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 01.10.2019 einstimmig bei Enthaltung von mitterechts dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

22.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019: „Anmietung von Räumlichkeiten für ein Bürgerbüro in Refrath und Bensberg“

Vorlage: 0346/2019

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.10.2019 stimmten FDP und mitterechts für einen Vertagungsantrag der FDP, der mit den Gegenstimmen der übrigen

Ausschussmitglieder bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann einstimmig bei Enthaltung der FDP beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Anmietung des Ladenlokals Siebenmorgen 45, Einheit 7 wird befürwortet und die Verwaltung wird beauftragt, einen Mietvertrag zu angemessenen Konditionen auszuhandeln. Der Mitnutzung des Ladenlokals Schloßstraße 59a ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt (voraussichtlich 01.01.2020) wird zugestimmt. Die notwendigen Mittel werden eingeplant.

- 22.6 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2019 (eingegangen am 26.08.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung von Sauberkeit und Ordnung“**
Vorlage: 0343/2019
Die Vorlage ist beigefügt.
- 22.7 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.09.2019 (eingegangen am 17.09.2019): „Mountainbike-Trainingsgelände im Nußbaumer Wald“**
Vorlage: 0457/2019
Die Vorlage ist beigefügt.
- 23 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 23.1 Schriftliche Anfragen**
- 23.1.1 Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.09.2019 (eingegangen am 09.09.2019): „Sachstand des Projektes SMART/Optimierung der Konzernstrukturen“**
Vorlage: 0448/2019
Die Vorlage ist beigefügt.
- 23.2 Mündliche Anfragen**
Eine Erläuterung erübrigt sich.

Tischvorlage zum Antrag von B90/Grüne „Climate Emergency“
Modifizierte, mit den Fraktionen von CDU, SPD und FDP abgestimmte Fassung

Bergisch Gladbacher Resolution zur Bewältigung des Klimawandels Unterstützung der Resolution „Climate Emergency“ Generelle Berücksichtigung von Klimaauswirkungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst eine Resolution zur Bewältigung des Klimawandels und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Climate Emergency“.

Die Stadt Bergisch Gladbach erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert von der Bundesregierung, Kommunen beim Klimaschutz zu unterstützen und ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Klimaschutz eng mit Kreis und Region zusammen zu arbeiten.
- Die Stadt Bergisch Gladbach wird umfassend über lokale Auswirkungen des Klimawandels sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde. Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel und in Deutschland zum Beispiel Konstanz, Münster und Bonn bereits Beschlüsse gemäß der Climate Emergency Deklaration gefasst und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln!

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency:

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz-, Friedens- und soziales Problem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung dauerhaft auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!

Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

0 1. Okt. 2019
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro


CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach

Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 14-2218
F 02202 14-2201

fraktion@cdu.gl
www.cdu.gl/fraktion

1. Oktober 2019

**Nach-/Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien
Antrag für die nächste Ratssitzung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am heutigen 1. Oktober 2019 tritt Elvi Reudenbach die Nachfolge der ausgeschiedenen Kollegin Diana Heidberg-Schwettmann an.

Elvi Reudenbach soll die dadurch vakanten ordentlichen Sitze im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und im Wahlprüfungsausschuss übernehmen und in folgenden Ausschüssen an die bisherige Vertreterposition von Frau Heidberg-Schwettmann gesetzt werden: HFA (v14), ASWDG (v20), AAB (v13), RPA (v15), AUKIV (v14), SPLA (v13).

Den durch den Umzug von Herrn Simanowski (SB) freigewordenen Sitz im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr besetzen wir mit dem S.B. Wolfgang Maus nach.

Im Verwaltungsrat des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach beantragen wir folgende Änderungen:

- Lennart Höring verzichtet auf seinen ordentlichen Sitz, der künftig von seinem bisherigen Stellvertreter Martin Lucke eingenommen wird. Herr Höring wird persönlicher Stellvertreter von Herrn Lucke.
- Dr. Michael Metten und Christian Buchen verzichten auf ihre Mitgliedschaft im SEB-Verwaltungsrat. Stattdessen wird Elke Lehnert ordentliches Mitglied, Elvi Reudenbach ihre persönliche Stellvertretung. Neuer Vertreter von Manfred Kühl (bisher Elke Lehnert) wird Petra Holtzmann.

Die entsprechenden Verzichtserklärungen reichen wir nach.

Wir bitten den Rat, den erst kurzfristig einreichten Antrag bereits am 8.11. zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Metten
Fraktionsvorsitzender



Lennart Höring
Stellv. Fraktionsvorsitzender